

Schwarzfahrer, Ausflug ins Grüne, oder blau am Steuer?

Wie stehen die bedeutenderen Parteien zum Auto?
Wir analysieren die Wahlprogramme
zur Bundestagswahl.

Von Uwe Lenhart

Die SPD propagiert in ihrem Wahlprogramm: „Wir kämpfen für eine pünktliche Bahn und gute Mobilität für alle.“ Sie wollen den „Umstieg auf ein E-Auto attraktiv machen“ (neue Förderung) und den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur „weiterhin zielgerichtet vorantreiben“. Ihr Ziel seien Schnellladesäulen auf jedem Supermarktparkplatz und an jeder Tankstelle. Die Partei will ein „kontaktloses und einheitliches Bezahl-system an allen Ladesäulen und das eigene Auto als Stromspeicher zu Hause“ ermöglichen. Weiterhin werde sie die Fahrausbildung samt Theorieunterricht im Sinne von Verkehrssicherheit und Effizienz reformieren. Alle jungen Menschen im 17. Lebensjahr sollen einen „Mobilitäts-Pass mit 500 Euro Guthaben etwa für Führerscheinkosten, Bahntickets oder Fahrräder“ erhalten. Zudem will die SPD den Arbeitgebern ermöglichen, einen Führerscheinzuschuss von bis zu 2000 Euro steuer- und abgabenfrei an Auszubildende und junge Beschäftigte auszus zahlen. Das deutsche Autobahnnetz müsse dringend saniert werden, insbesondere die Brücken. Die SPD will ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen.

Das Motto der CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm ist „Verkehrsinfrastruktur erneuern, Mobilität frei wählen“. Die beiden Parteien sagen „Ja zum Auto“ und wollen die „Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten“. Sie „sehen in der individuellen Mobilität den Inbegriff von Freiheit und spielen deshalb unterschiedliche Verkehrsmittel nicht gegeneinander aus“. „Anti-Auto-Haltung, Fahrverbote für Innenstädte, das Umwidmen von Parkplätzen und ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnen wir ab.“ Der Führerschein müsse für junge Menschen bezahlbar sein. Dafür gelte es, Bürokratie abzubauen und die Ausbildung effizient zu gestalten. Das Verbrennerverbot müsse rückgängig gemacht werden. Die Flottengrenzwerte müssten überprüft, Strafzahlungen verhindert werden. Für die E-Mobilität müsse die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden. Die digitale Kraftfahrzeuganmeldung will die CDU/CSU zum Standard machen.

Die Grünen stehen „für schnelles, nachhaltiges und sicheres Fortkommen“. Deutschland bräuchte „eine Grundsaniierung unserer Verkehrsinfrastruktur“. Die Partei will, „dass ein funktionierendes Miteinander im Verkehr gelingt und alle sicher an ihr Ziel kommen“. Das sei nur erreichbar, wenn „überhöhte Geschwindigkeiten“ reduziert würden. In der Ampelregierung hätten die Grünen mit der Reform des Straßenverkehrsrechts in einem ersten Schritt die Chance geschaffen, in den Kommunen leichter Tempo 30 anzuordnen und den Fuß- und Radverkehr zu stärken. Als einziges Land weltweit erlaube Deutschland das „unbegrenzte Rasen“ auf Autobahnen. Ein „Sicherheitstempo“ von 130 km/h auf Autobahnen als generelles Tempolimit sei überfällig. Den Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße wollen die Grünen auf europäisches Niveau bringen. Deutschland solle „ein Bahnland werden, in dem man seine Wege preiswert, bequem und klimaneutral zurücklegen kann“.

Die FDP fordert „Bessere Infrastruktur und technologieneutrale Mobilität“. Sie lehnt ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. Ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer – ob Auto, Motorrad, Fahrrad, E-Scooter oder Fußgänger – erreichte man „nicht durch Verbote, sondern durch ausgewogene Regeln und gegenseitigen Respekt“. Statt eines Verbotes des Verbrennungsmotors ermögliche die FDP alter-

native Kraftstoffe wie etwa E-Fuels. Die Partei will EU-Flottengrenzwerte abschaffen und die Zulassung automatisierter Fahrsysteme aller Entwicklungsstufen. Der Führerschein und die Berufskraftfahrerqualifikation (Lkw-Führerschein, Busführerschein) sollen günstiger gemacht werden, zum Beispiel durch den Verzicht auf eine Tagesobergrenze für den Theorieunterricht, die Möglichkeit, den Theorieunterricht digital zu absolvieren, und die Integration von Fahrsimulatoren in die Ausbildung. Die FDP will das begleitete Fahren ab 16 Jahren ermöglichen, „frühe Fahrpraxis erhöhe nachweislich die Verkehrssicherheit“. Die Partei lehnt „diskriminierende Zwangstests für Senioren“ ab und will „das automobiler Kulturgut stärken und auch für die Zukunft sichern“.

Die AfD proklamiert „Aufschwung für alle statt grüner Verbote“. Sie will Technologieoffenheit, Verbote von Verbrennermotoren und von Öl- und Gasheizungen seien aufzuheben. Der „Motorisierte Individualverkehr sei zu schützen“. Wissenschaftlich mangelhaft belegte Maßnahmen wie beispielsweise Dieselfahrverbote oder Umweltschadstoffe erreichten das nicht. Die AfD fordert den Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. Die Partei sieht „die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie“. Der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand sei abhängig vom Fortbestand des Verbrennungsmotors. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, die mit synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssten hinsichtlich ihrer Abgabenlast gegenüber elektrisch angetriebenen Fahrzeugen gleichberechtigt werden.

Die Linke will die Kraftfahrzeugsteuer neu gestalten und „große und schwere Autos deutlich stärker besteuern“. Sie sieht „keine Notwendigkeit für reguläre PKWs, die mehr als zwei Tonnen wiegen“. Damit schone man die Straßen und spare Geld für ihren Unterhalt. Die Mobilität der Zukunft gehöre dem Fuß-, Rad- und öffentlichen Nahverkehr. Deshalb sei die Orientierung auf E-Autos richtig. Es brauche langfristige Planungssicherheit für Verbraucher und Industrie, daher halte die Partei am Auslaufen des Verbrennerverbots fest. Nach Bedarf fördere die Linke den Umstieg auf effiziente E-Autos für Handwerk, soziale Dienste, Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land mit niedrigem Einkommen. Um Menschen und Klima zu schützen, bräuchte Deutschland ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und innerorts Tempo 30, außer auf Hauptverkehrsachsen. Die Partei will auf den Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen verzichten.

Das Motto des BSW ist „Verkehrspolitik für alle statt Bevormundung und Verbote“. Das Bündnis will „Schluss machen mit der Autofeindlichkeit, für die insbesondere die Grünen in der Verkehrspolitik stehen“. Autofahren immer teurer zu machen, sei rücksichtslos gegenüber denen, die auf ihr Auto angewiesen sind. Das Verbrennerverbot will die Partei kippen. Mit einem „Volksleasing“ für umweltfreundliche Fahrzeuge aus europäischer Produktion, einschließlich verbrauchsarmer Verbrenner, will das BSW „Menschen in Regionen mit geringen öffentlichen Verkehrsangeboten angemessene Mobilität ermöglichen“.

Der Autor ist Fachanwalt für Verkehrs- und Strafrecht in Frankfurt.

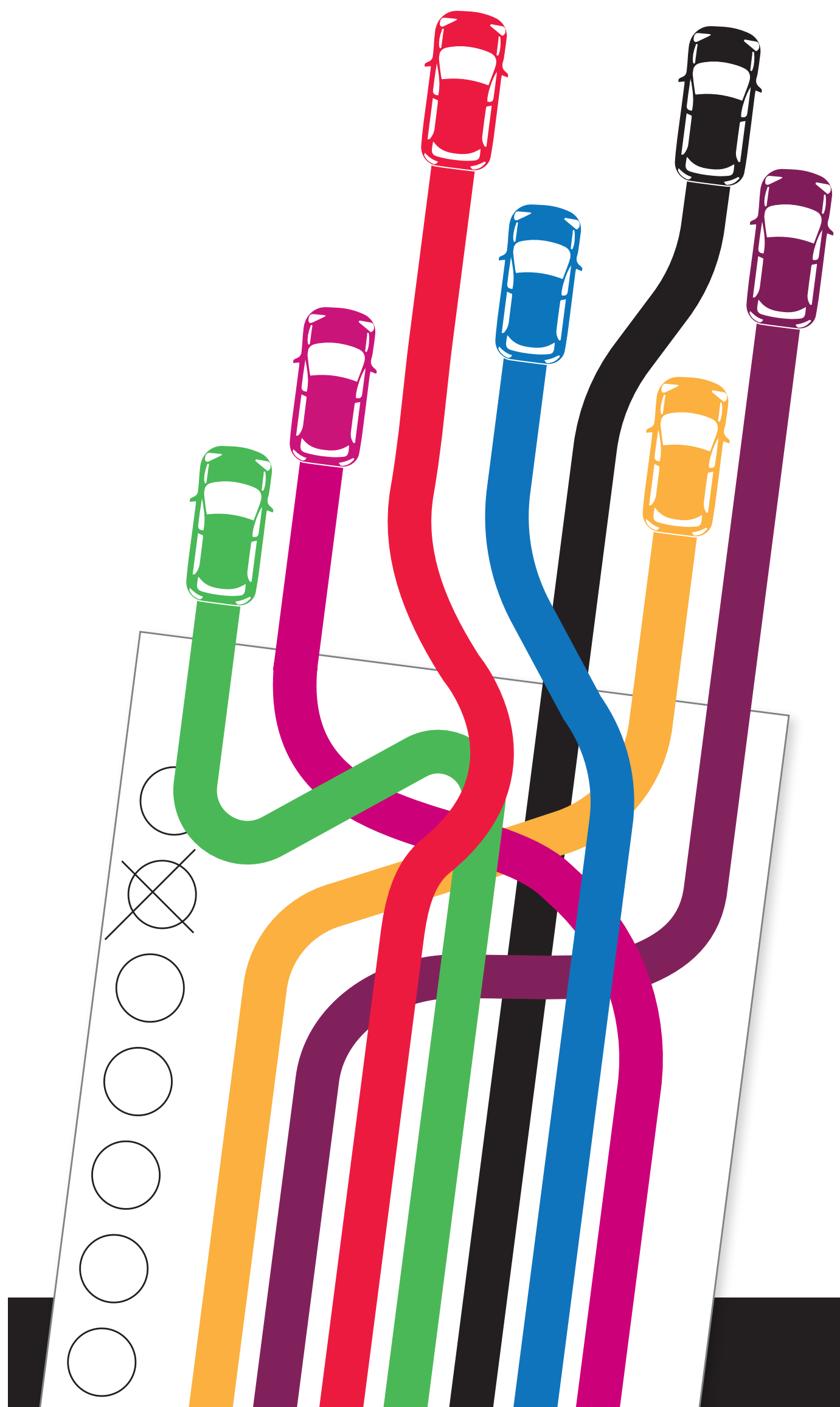


Illustration F.A.S.